

vorangegangenen Besuch des ehemaligen taiwanesischen Präsidenten Lee Deng-huis in Japan (vgl. C.a. 2004/12, Ü 6). (SCMP, 6.1.05; Kyodo News Service, nach BBC PF, 6.1.05; IHT, 6.1.05) -mb-

8 Pressekonferenz südkoreanischer Parlamentarier unter sagt

Die chinesischen Behörden haben die geplante Pressekonferenz einer Gruppe südkoreanischer Parlamentarier, die sich in Nordostchina ein Bild über die Lage nordkoreanischer Flüchtlinge gemacht hatten und sich nun an die nationale und internationale Presse wenden wollten, unterbunden. Unmittelbar nach Beginn der Pressekonferenz unterbrachen Sicherheitskräfte die Veranstaltung. Das Außenministerium in Seoul hielt eine Dringlichkeitssitzung ab, um den Vorfall zu diskutieren, und zeigte sich besorgt. Vom chinesischen Außenministerium war noch keine Stellungnahme zu erhalten. (WSJ, 12.1.05; Yonhap news agency, nach BBC PF, 12., 14.1.05; IHT, 13.1.05) -mb-

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

9 Etablierung einer neuen Führungsgeneration auf Provinz- und Kommunalebene sowie in Staatsratsorganen

Im Laufe der Monate Dezember 2004 und Januar 2005 wurde ein signifikanter Anteil von Führungspositionen auf Provinz- und Kommunalebene, aber auch in Staatsratsorganen neu besetzt. Es handelt sich dabei um das zweite große Revirement seit dem Amtsbeginn der neuen Führungsgeneration unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao im März 2003, in dessen Vorfeld ab Januar 2003 zahlreiche Führungsämter neu besetzt worden wa-

ren (vgl. C.a., 2003/1, Ü 6). Damit setzte Staatspräsident Hu Jintao die Sicherung seiner Machtstellung innerhalb der Partei, der Regierung und des Militärs fort, nachdem sein Amtsvorgänger Jiang Zemin im September 2004 seine letzte Führungsposition als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission endgültig abgeben hatte (vgl. C.a., 2004/9, Ü 8).

Notwendig geworden waren die personellen Umbesetzungen z.T. deshalb, weil einige Mitarbeiter, die noch unter der Führung von Jiang Zemin eingesetzt worden waren, das Pensionsalter von 60 Jahren für Positionen ab dem Rang eines Vizeministers oder stellvertretenden Provinzgouverneurs und darunter bzw. das Pensionsalter von 65 Jahren für Führungsämter auf Provinz- oder Ministerialebene erreicht hatten. Damit werden sich in der nächsten Zeit neue Möglichkeiten für Parteikader der vierten Führungsgeneration bzw. der Technokratengeneration im Alter von 40 bis Mitte 50 eröffnen.

Im Zuge der jüngsten Neubesetzungen wurden bislang die Führungsriege in den Provinzen Anhui, Liaoning, Henan, Guizhou, Qinghai, Shaanxi, Jilin und Fujian sowie der Autonomen Region Tibet ausgetauscht. Darüber hinaus ernannte das Zentralkomitee der KPCh neue Direktoren für das Staatliche Verwaltungsamt für Rundfunk, Film und Fernsehen sowie für Sport. Doch auch Meldungen über Neubesetzungen auf kommunaler Ebene häuften sich in den vergangenen zwei Monaten. Die personellen Details der Neubesetzungen sind den *Monthly Data* vom November und Dezember 2004 sowie dem *Data Supplement* Heft 1/2005 zu entnehmen.

Der Großteil der neu eingesetzten Parteikader erfüllt gemeinsame Kriterien. Sie hatten zuvor leitende Positionen in den Provinzpartei-Komitees und/oder im Zentralkomitee der Kommunistischen Jugendliga, der Machtbasis Hu Jintaos, inne. Dazu zählen Li Keqiang, der neue Parteisekretär der Pro-

vinz Liaoning und vormalige Parteisekretär der Provinz Henan, Liu Peng, der neue Direktor des Staatlichen Verwaltungsamtes für Sport und vormalige stellvertretende Parteisekretär der Provinz Sichuan, sowie Song Xiuyan, die neue Provinzgouverneurin von Qinghai und vormalige stellvertretende Parteisekretärin von Qinghai. Alle drei waren vorher Mitglieder oder sogar Sekretäre des Zentralkomitees der Kommunistischen Jugendliga. Im Vorfeld der Olympischen Spiele könnte Liu Pengs besondere Eignung für eine Tätigkeit im Verwaltungsamt für Sport zudem darin gelegen haben, dass er zuvor jahrelang als stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung der KPCh fungiert hatte. Mit der jüngsten Welle von Neubesetzungen könnte die vollständige Machtübernahme Hu Jintaos auf dem Parteitag 2007 vorbereitet werden.

Die Umbesetzung von Schlüsselpositionen dürfte daher sicherlich im Jahr 2005 fortgeführt werden. So werden für die Führungsämter in den Provinzen Guangxi, Heilongjiang und Shaanxi sowie für Ämter in Staatsratsorganen, wie z.B. bei der Staatlichen Wertpapieraufsichtskommission, ebenso personelle Veränderungen erwartet. Auch über Neubesetzungen bei dreien der regierungsunmittelbaren Städte, nämlich Shanghai, Beijing und Tianjin, deren Bürgermeisterposten dem Rang eines Provinzgouverneurs gleichkommen, wird spekuliert. Anlass dafür gibt die Tatsache, dass alle drei derzeitigen Bürgermeister zugleich Mitglieder des Politbüros der KPCh sind. Für sie könnten zukünftig Führungspositionen in zentralen Partei- und Regierungsorganen vorgesehen sein. Ein Wechsel könnte sich daher während der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2005 ergeben. (SCMP, 11., 14., 20.12.04, 31.1.05; ST, 16.12.04; WSJ, 9., 14.12.04; FAZ, 11.12.04; XNA, 13., 16., 21.12.04, 16., 29.1.05; Xinhua, 13., 22.12.04, nach BBC PF, 14., 23.12.04; DGB online, 15.12.04, nach BBC PF, 17.12.04; Zhongguo Xinwen She, 29.1.05, nach BBC PF, 31.1.05) -kw-

10 Reform des Petitionssystems

Nachdem im Herbst 2004 im Gefolge gehäufter sozialer Unruhen Pläne zur Reform des Petitionssystems bekannt geworden waren (vgl. C.a., 2004/11, Ü 11), verabschiedete der Staatsrat am 10. Januar 2005 eine revidierte Fassung der seit Oktober 1995 gültigen „Bestimmungen zum Petitionswesen“, die am 1. Mai 2005 in Kraft treten wird (*Xinfang tiaoli*, Staatsratserslass Nr. 431; Abdruck des vollen Wortlauts in RMRB, 18.1.05, S. 8). Ziel der neuen Bestimmungen ist es, angesichts eines wachsenden Aufkommens an Petitionen insbesondere bei den hauptstädtischen Behörden und sinkenden Kapazitäten für deren Bearbeitung die Verantwortlichkeit und Effizienz lokaler Petitionsstellen zu stärken.

Seit dem Antritt der neuen parteistaatlichen Führungsspitze unter Hu Jintao und Wen Jiabao, die seit Herbst 2002 zahlreiche Signale der „Volksnähe“ ausgesandt hatten, war eine wachsende Zahl von Petitionären bei den zentralstaatlichen Behörden in Beijing vorstellig geworden, um lokale Missstände und erlittenes Unrecht anzuprangern, für dessen Wiedergutmachung sie auf lokaler Ebene kein Gehör gefunden hatten. Die zunehmende Überlastung der hauptstädtischen Petitionsstellen hat allerdings dazu geführt, dass immer weniger Eingaben adäquat bearbeitet werden und immer mehr Petitionäre unverrichteter Dinge abgewiesen und an ihre Heimatkommunen zurückverwiesen werden, wo ihnen nicht selten Repressalien lokaler Funktionäre drohen.

Zur Lösung dieser Probleme sehen die revidierten Bestimmungen nun vor, die Lokalregierungen auf allen administrativen Ebenen zur Annahme und zur eigenverantwortlichen, effizienten und fristgerechten Bearbeitung von Petitionen aus ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu verpflichten. Zwischen Eingang und abschließender Bearbeitung einer Eingabe dürfen nicht mehr als zwei Monate vergehen, in

besonders komplexen Fällen nicht mehr als drei Monate. Auch müssen Bürgersprechstunden eingerichtet werden, bei denen Belange gegenüber zuständigen Beamten direkt vorgebracht werden können. Jegliche Versuche der Repression oder Einschüchterung von Petitionären durch lokale Funktionäre sollen streng bestraft werden. Der Einsatz lokaler Partei- und Regierungskader im Petitionswesen soll künftig als wichtiges Beförderungskriterium herangezogen werden.

Um die Transparenz des Petitionswesens und die externe Aufsicht zu gewährleisten, sehen die revidierten Bestimmungen vor, ein nationales Datenbank-Netzwerk zu errichten, in dem alle landesweit eingegangenen Petitionen und ihr jeweiliger Bearbeitungsstatus nachvollziehbar sind. Für den lokalen Petitionär dürfte diese Möglichkeit einer von den zentralstaatlichen Stellen einsehbaren Eingabe im „Netz“ als ressourcensparende Alternative zu einer physischen Reise in die Hauptstadt konzipiert sein.

Auch die Petitionäre werden aber strengeren Vorschriften unterworfen. So kündigt die Revision strenge Strafen für Personen an, die die gesellschaftliche Stabilität gefährden, indem sie etwa in größeren Gruppen auf ihre Belange aufmerksam machen, Regierungseinrichtungen belagern, wichtige Verkehrswege besetzen oder gewalttätig gegen Beamte vorgehen. Wie mehrere groß angelegte soziale Unruhen im Sommer und Herbst 2004 gezeigt haben, greifen aufgebrachte Bevölkerungsgruppen immer wieder auf solche kollektiven Aktionsmuster zurück, um ihrem Anliegen auch auf höheren Ebenen Gehör zu verleihen (vgl. C.a., 2004/10, Ü 12). Teilweise widersprechen die in den revidierten Bestimmungen formulierten Einschränkungen der Artikulationsmöglichkeiten von Petitionären den in der Verfassung formal verankerten zivilen Rechten wie der Freiheit der Versammlung, der Vereinigung und der Durchführung von Demonstrationen (Art. 35 der Verfassung). Offenbar soll durch die neuen Bestimmungen den zuletzt gehäuften Sit-ins und

Demonstrationen vor Beijinger Petitionsbüros und Ministerien ein Ende bereitet werden.

Die nun verabschiedete Revision der Bestimmungen bleibt weit hinter den Vorschlägen für eine Reform des Petitionssystems zurück, wie sie in den vergangenen Monaten von Experten vorgestellt wurden. Insbesondere die Reformvorschläge Yu Jianrongs, Professor am Forschungsinstitut für ländliche Entwicklung der Chinesischen Akademie, der mit staatlicher Unterstützung 2004 ein eigenes Forschungsprojekt zu den Problemen des Petitionswesens durchgeführt hatte, hatten seit November 2004 in der akademischen und der allgemeinen Medienöffentlichkeit kontroverse Debatten ausgelöst, nachdem sie ausschnittsweise in der *Nanfang Zhoumo* (*Southern Weekly*) publiziert worden waren.

Yu Jianrong war durch intensive Feldstudien zu der Feststellung gekommen, dass die Ineffizienz des Petitionssystems zu starker Unzufriedenheit und Enttäuschung, vor allem aber zu einer wachsenden politischen Radikalisierung und Gewaltbereitschaft abgewiesener Petitionäre geführt habe, die immer häufiger zu extremen Mitteln wie Großdemonstrationen oder gar kollektiven Selbstmordversuchen griffen. Auf lokaler Ebene würden im Gegenzug zunehmend Repressalien gegen unnachgiebige Kritiker ergriffen, sodass eine Eskalationsdynamik entstanden sei, die durch eine Reform des Petitionswesens von innen heraus nicht mehr zu bewältigen sei. Als längerfristige Alternative bliebe daher nur, das überkommene Petitionswesen schrittweise abzuschaffen, auch wenn es kurzfristig schon allein deshalb beibehalten werden müsse, um die aufgelaufenen Eingaben abzarbeiten. Die derzeitigen Funktionen des Petitionssystems sollten zum einen vom Justizsystem übernommen werden, das es auszubauen sowie effizienter und verlässlicher zu gestalten gelte, zum anderen von gewählten Abgeordneten der Volkskongresse und der Politischen Konsultativkonferenzen, deren politische Verantwortlichkeit daran zu messen sei, wie wirkungsvoll sie sich

für die Belange der Bevölkerung einzusetzen.

Yu Jianrong verteidigte seine Vorschläge konsequent gegen zahlreiche Einwände von Akademikerkollegen, die dem Petitionssystem eine wichtige gesellschaftliche Artikulations- und Ventilierungsfunktion zuschreiben, denen angesichts der bekannten Defizite des Justiz- und des Volkskongresssystems eine umso größere Bedeutung zukäme. Trotz stichhaltiger Argumente für eine Abschaffung des „Feigenblatts“ des Petitionswesens, das über kurz oder lang „Land und Volk ins Unheil stürzen“ könne, fand Yu Jianrongs Position bei der jüngsten Revision der Petitionsbestimmungen offensichtlich keine Berücksichtigung. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngste Revision abschließenden Charakter trägt oder einen längerfristigen Reformprozess erst eingeleitet hat. (RMRB, 6., 18.1.05; XNA, 5., 17.1.05; RMRB website, 18.1.05, nach BBC PF, 22.1.05; SCMP, 18.1.2005; WSJ, 19.1.05; ZM, 2005/1, S. 26-28; www.yannan.cn/homepage/yujianrong.htm)

-hol-

11 Groß angelegte Kampagne zur ideologischen Erziehung von KPCh-Mitgliedern

Gemäß eines Beschlusses der Parteiführung vom November 2004 wurde mit dem Beginn des Jahres 2005 eine groß angelegte ideologische Kampagne gestartet, die sich an die mehr als 68 Millionen Mitglieder der KPCh richtet. In einem Zeitraum von 18 Monaten sollen sie politischen Erziehungsmaßnahmen unterzogen werden, deren Zweck es ist, die „Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder zu bewahren“ (*baochi dangyuan xianjinxing*). Laut offiziellen Quellen handelt es sich um die größte Erziehungskampagne der Partei seit Beginn der Reformperiode vor 26 Jahren.

Die verlautbarten Ziele der Kampagne bestehen darin, „die Qualität der Parteimitglieder zu erhöhen, die Basisorganisationen der Partei zu

stärken, den Volksmassen zu dienen und die Arbeit der Partei insgesamt zu befördern“. Begründet wird die Maßnahme durch eine Häufung von Problemen wie Korruption, moralische Degenerierung, Entfremdung von den Massen und ideologische Defizite unter Parteikadern sowie sinkender organisatorischer Zusammenhalt und mangelnde Schlagkraft von Parteizellen an der städtischen und ländlichen Basis. Um die „Regierungskapazität der Partei“ im Ganzen zu erhalten, gelte es daher, die „Fortschrittlichkeit der Parteimitglieder“ zu bewahren.

Die zu vermittelnden Inhalte entsprechen mit ihrer Fokussierung auf die Jiang Zemin zugeschriebene „Dreifache Repräsentation“ in der Interpretation der neuen parteistaatlichen Führung unter Hu Jintao dem neuesten parteitheoretischen und -ideologischen Stand; ergänzt sind sie um wichtige Reden hochrangiger Parteivertreter und sozialistische Maximen der vergangenen Jahrzehnte. Dabei scheinen die konkreten ideologischen Inhalte weniger von Belang als das vorgesehene Verfahren, das von Schulungen und Diskussionsrunden über Kritik und Selbstkritik bis hin zur Sanktionierung nicht erziehungswilliger Parteimitglieder reicht.

Nach den Plänen der Organisationsabteilung des ZK der KPCh, die für die Abwicklung der Kampagne zuständig ist, wird sich diese in drei Phasen von jeweils sechs Monaten gliedern und pünktlich am Vorabend des 85. Jahrestages der Gründung der KPCh am 1. Juli 2006 enden. Nachdem bereits seit 2003 in zwölf Provinzen Pilotversuche in 52.000 Basisorganisationen der Partei mit über einer Million Mitgliedern durchgeführt worden sind, sollen nun in einer ersten Phase von Januar bis Ende Juni 2005 alle Parteimitglieder in Partei- und Regierungsorganen, zentralen Finanzinstitutionen und Staatsunternehmen von der Kreisebene bzw. Abteilungsebene an aufwärts der ideologischen Erziehung unterzogen werden. In der zweiten Phase zwischen Juli und Dezember 2005 sollen dann alle städtischen Basisorganisationen,

in der dritten Phase zwischen Januar und Juni 2006 schließlich alle ländlichen Basisorganisationen der KPCh die Kampagne durchführen. Parteiorganisationen, die sich dazu mangels organisatorischer Kapazitäten nicht in der Lage sehen, sollen vorab restrukturiert und personell gestärkt werden. Individuelle Parteimitglieder, die aufgrund von Migration oder Arbeitsplatzwechsel nicht mehr über ihre ursprüngliche Parteiorganisation ansprechbar sind, sollen durch die Parteiorganisationen derjenigen Einheiten identifiziert und geschult werden, in denen sie inzwischen tätig sind.

Wie einzelne Kommentare und Stellungnahmen vermuten lassen, besteht ein pragmatisches Ziel der Kampagne offenbar auch darin, die wachsende Zahl von „Karteileichen“ unter den KPCh-Mitgliedern auszusondern, die im Reformprozess im Gefolge der Privatisierung oder Auflösung von Staatsbetrieben, von Migration oder anderweitig bedingtem Wechsel der angestammten Arbeitseinheit aus den ursprünglich für sie zuständigen Basisorganisationen ausgeschieden sind. Wie verschiedene Erhebungen der vergangenen Jahre gezeigt haben, entziehen sich so immer mehr formale Parteimitglieder nicht nur der organisatorischen Mobilisierung, sondern auch der ideologischen Identität und Kontrolle durch die KPCh.

Gerade in der ersten Phase bis Mitte 2005, deren Erfolg für das weitere Gelingen der Erziehungskampagne von großer Bedeutung sein werde, erwartet die Parteiführung den unbedingten Einsatz jedes einzelnen Mitglieds. Dies wurde im Vorfeld des Neujahrsfestes besonders deutlich, als die Parteimitglieder aufgerufen wurden, während der Festtage auf die Teilnahme an üppigen Feierlichkeiten zu verzichten und die freie Zeit für theoretische Studien zu nutzen. Angesichts der angekündigten Intensität der Inanspruchnahme aller und insbesondere hochrangiger Parteimitglieder kann erwartet werden, dass es besonders im ersten Halbjahr 2005 zu gehäuften Terminverschiebungen und Neudisponierungen parteistaat-

licher Aktivitäten, Delegationen etc. kommt. (RMRB, 10., 15., 21.1.05; Xinhua, 5., 8., 14., 17., 20.1.05, nach BBC PF, 7., 10., 16., 20., 26.1.05; RMRB website, 21.1.05, nach BBC PF, 26.1.05; XNA, 5., 19., 28.1.05; SCMP, 10.1.05; FAZ, 17.1.05; eine eigens für die Erziehungskampagne eingerichtete Homepage findet sich unter www.xf.org.cn) -hol-

12 Institutionalisierung der „Schlüsselrolle“ von Parteifunktionären in Staatsunternehmen

In den rund zweihundert auf zentralstaatlicher Ebene verwalteten Staatsunternehmen Chinas sollen Parteiorganisationen und ihre Vertreter künftig eine stärker institutionalisierte „politische Schlüsselrolle“ (*zhengzhi hexin zuoyong*) spielen. Dies geht aus einem Rundschreiben des Hauptbüros des ZK der KPCh mit dem Titel „Meinungen der ZK-Organisationsabteilung und des Parteikomitees der Regulierungsbehörde des Staatsrats für die Restrukturierung der Staatsunternehmen zur Stärkung und Verbesserung des Parteaufbaus in zentralen Unternehmen“ hervor, das am 24. Januar in den staatlichen Medien bekannt gemacht wurde.

Dezidiertes Ziel einer Stärkung der KPCh-Präsenz in großen Staatsunternehmen ist es, die Reform dieser volkswirtschaftlich äußerst wichtigen Unternehmen voranzutreiben, das sozialistische Wirtschaftssystem damit insgesamt zu stärken, die „umfassende nationale Stärke“ (*zonghe guoli*) zu erhöhen sowie die „Position der KPCh als herrschende Partei“ zu konsolidieren. Eine gezielte Stärkung des „Parteaufbaus“ in zentralen Staatsunternehmen sei von großer Bedeutung für deren „strukturelle, technologische und Management-Innovation“ und die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, aber auch für die Stärkung der „Klassenbasis“ (*jieji jichu*) und der Regierungskapazität (*zhizheng nengli*) der KPCh. Zwischen den Zeilen wird als ein weiteres Ziel eine verstärkte Korruptions-

bekämpfung in Staatsunternehmen deutlich, von denen mehrere erst in den vergangenen Wochen und Monaten durch Bestechungs- und Untreueungsskandale in die Schlagzeilen der internationalen Medien geraten waren.

Konkret ist vorgesehen, dass Mitglieder der innerbetrieblichen Parteikomitees in Personalunion als Mitglieder des Vorstandes (*dongshihui*), des Aufsichtsrats (*jianshihui*) sowie der Geschäftsführung (*jingli banzi*) des Unternehmens fungieren können. Umgekehrt soll allen Mitgliedern dieser Gremien freigestellt werden, dem Parteikomitee beizutreten, sofern sie KPCh-Mitgliedsstatus genießen. Die Ämter des Parteisekretärs und des Vorstandsvorsitzenden (*dongshizhang*) eines Staatsunternehmens können in Personalunion besetzt werden, sofern der betreffende Kandidat eine ausreichende Qualifizierung besitzt. Gleiches gilt für das Amt des Hauptgeschäftsführers (*zongjingli*) bzw. Fabrikdirektors (*changzhang*), das ebenfalls vom Parteisekretär des Unternehmens übernommen werden kann. Wo immer möglich, wird es als wünschenswert angesehen, dass die Posten der (stellvertretenden) Geschäftsführer und der (stellvertretenden) Parteisekretäre nach dem Prinzip der „wechselseitigen Einbindung und kreuzweisen Bekleidung von Ämtern“ (*shuangxiang jinru, jiaocha renzhi*) durch wechselseitige Personalunionen besetzt werden. So biete sich etwa an, dass der Hauptgeschäftsführer zugleich als stellvertretender Parteisekretär oder der Parteisekretär zugleich als stellvertretender Geschäftsführer fungiere (RMRB, 24.1.05, S. 6).

Dieses Prinzip der „wechselseitigen Einbindung und kreuzweisen Bekleidung von Ämtern“ findet bereits breite Anwendung bei der Besetzung von Leitungspositionen in Ministerien, kommunalen Regierungen und Volkskongressen aller Ebenen durch Parteifunktionäre. In den vergangenen Jahren wurde es als zunehmend wichtiges Instrument personeller Kontrolle eingesetzt, mit dem die KPCh erheblichen Einfluss auf Entscheidungen der Exekutive

und der Legislative nimmt. Dass es nun auch explizit Anwendung auf Unternehmen finden soll, ändert zunächst nicht allzu viel an der faktischen Besetzung betrieblicher Leitungspositionen, die in den hier angesprochenen zentralstaatlich verwalteten Staatsunternehmen gemäß des planwirtschaftlichen Erbes ohnehin in den Händen von Parteifunktionären liegen. Allerdings ergeht mit dem jüngsten Rundschreiben ein weiteres unmissverständliches Signal der klaren Abkehr von Maximen wie der „Trennung von Partei und Regierung“ (*dang zheng fenkai*) oder der „Trennung von politischer und Unternehmensführung“ (*zheng qi fenkai*), die in den 1980er und noch bis in die Mitte der 1990er Jahre hinein unter Verweis auf formale Kompetenzschränken beschworen wurden. Stattdessen verstärkt die Parteiführung damit erneut ihren Anspruch einer unmittelbaren personellen Kontrolle über zentrale Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Gerade im Unternehmensbereich erscheint dieser direkte Kontrollanspruch der KPCh umso fragwürdiger, als die Ziele einer Erhöhung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit oder einer effizienteren Korruptionsbekämpfung durch eine verstärkte Präsenz der Partei kaum erreicht werden dürften. (RMRB, 24.1.05; Xinhua, 23.1.05, nach BBC PF, 25.1.05; SCMP, 25.1.05; WSJ, 25.1.05) -hol-

13 Mediale Attacke der Falungong-Bewegung gegen die KPCh

Der Konflikt zwischen der parteistaatlichen Führung Chinas und der Falungong-Bewegung, der seit 1999 zunächst als physische Konfrontation innerhalb der Volksrepublik eskaliert war, nimmt sich zusehends als virtueller Konflikt in der globalisierten Medienwelt, allerdings mit durchaus realpolitischer Wirkung, aus.

Die weltweit operierende Falungong-Bewegung verfügt neben zahlreichen Internetforen (darunter mehrere Dutzend in-

ternational ausgerichtete chinesisch- und englischsprachige Websites, unter denen www.minghui.org im Juni 2000 von Li Hongzhi persönlich zur autoritativen Seite erhoben wurde, sowie mehrere hundert, wenn nicht mehrere tausend national bzw. regional basierte Websites in den verschiedenen Landessprachen) seit Februar 2002 mit New Tang Dynasty TV auch über eine eigene Fernsehstation sowie seit September 2003 über einen eigenen Zeitungsverlag, der eine chinesisch- und englischsprachige Tageszeitung mit zahlreichen multilingualen Ablegern (chinesischer Titel *Dajiyuan*, englisch *Epoch Times*, deutsch *Die Neue Epoche*) herausgibt. Mit diesen Medien erreicht die Falungong-Bewegung von ihrer nordamerikanischen Basis aus nicht nur die überseehinesische und internationale Gemeinschaft, sondern offenbar immer wieder auch festlandschinesische Empfänger.

Wie ein Artikel der *Far Eastern Economic Review* (FEER) im April 2004 auf der Basis von Recherchen in den USA aufgezeigt hat, zeichnet sich die Informations- bzw. Propagandapolitik dieser Medienorgane durch erhebliche Intransparenz sowohl der inhaltlichen Berichterstattungsquellen als auch der organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen aus. Vertreter des Fernsehsenders New Tang Dynasty und der *Dajiyuan/Epoch Times* distanzieren sich typischerweise von Assoziationen mit der Falungong-Bewegung, jedoch macht die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Medienberichterstattung auf Falungong-bezogene Themen und die durch Internetauftritte und Steuerdaten nachweisbare persönliche Involvierung oder Funktionsträgerschaft hochrangiger Vertreter der beiden Medienorgane in Falungong-Aktivitäten die enge Verbindung deutlich. Nach Recherchen der Autorin des FEER-Beitrags finanzieren sie sich nur zu einem geringen Teil aus Werbeeinnahmen; der größere Teil stammt aus privaten oder kollektiven Spenden, die offenbar mehrheitlich und in beträchtlichen Summen aus der Falungong-

Gemeinschaft selbst generiert werden. Gleiches dürfte für die in *Dajiyuan/Epoch Times* gedruckten Beiträge gelten, die von anonymen ehrenamtlichen Autoren beigetragen werden – nach eigenen Angaben zahlt der Zeitungsverlag keine Gehälter oder Honorare. Dieses Prinzip des ehrenamtlichen Engagements dürfte die Fülle der Beiträge in den zahlreichen multilingualen Ausgaben der *Epoch Times*, aber auch generell die starke Präsenz der Falungong-Bewegung im Internet erklären.

Die Zeitung *Dajiyuan/Epoch Times* war es auch, die im November 2004 eine groß angelegte mediale Attacke gegen die KPCh startete. In „Neun Kommentaren (*jiu ping*) über die Kommunistische Partei“, die seit dem 15. November in chinesischer und englischer Sprache vollständig (Gesamtlänge der englischen Übersetzung 183 Seiten) und sukzessive auch in anderen Sprachen veröffentlicht worden sind, wird die Geschichte der KPCh als eine Geschichte grausamer Tyrannei und Unterdrückung dargestellt, die seit 1999 in der Unterdrückung der Falungong-Bewegung gipfelt. Die Autoren des Textes bleiben „angesichts der realen Lebensgefahr“, die mit der Veröffentlichung des Textes verbunden sei, (*Die Neue Epoche*, Sonderdruck, Vorwort, S. 1) ungenannt. In narrativer Gegenläufigkeit zur Apotheose der Falungong-Bewegung wird die Kommunistische Partei als Verkörperung alles Üblen und Bösen, in kosmologischer Übersteigerung als „Anti- Universe Force“ und in konsequenter Umkehr der festländischen Anti-Falungong-Propaganda schließlich als „Evil Cult“ stilisiert (englische Übersetzung der „Neun Kommentare“ im vollen Wortlaut unter: <http://english.epochtimes.com/jiuping.asp>).

Besondere Brisanz entfalten die „Neun Kommentare“ durch die damit verbundene Aufforderung an alle Mitglieder der KPCh, sich zur Rettung ihrer selbst und der chinesischen Nation von der Partei loszusagen. Auf ihrer eigenen Homepage bietet die *Epoch Times* ein Fo-

rum, das bisherigen KPCh-Mitgliedern ermöglichen soll, ihren Austritt aus der Partei öffentlich zu erklären; bereits mehr als 2.000 Parteimitglieder sollen dem Aufruf seit November gefolgt sein. Ebenfalls nach Angaben der Zeitung haben sich bis zum 20. Januar 2005 bereits 91 Organisationen weltweit zur Initiative „Abschied von der KPCh“ (*Gaobie Zhonggong*) zusammengeschlossen, darunter zahlreiche Falungong-Gruppen, aber auch andere Organisationen wie der Tibetische Jugendkongress, demokratische Exilparteien und Gewerkschaftsgruppen, chinesische Landsmannschaften in Kanada und den USA oder Vereinigungen chinesischer Auslandsstudenten (www.byeccp.org/gb/prgs.php).

Politisches Gewicht erhält die Kampagne zudem durch die Stimmen prominenter chinesischer und westlicher Persönlichkeiten, die sich auf bislang bereits fünfzig in den USA und anderen Ländern veranstalteten „Jiuping“-Foren zur KPCh und/oder Falungong geäußert haben. Dabei ist nicht immer klar zu erkennen, ob es sich um freiwillige Sympathiebekundungen und Identifizierungen mit der Falungong-Bewegung oder aber um die unfreiwillige Vereinnahmung prominenter „Experten“ und Aktivisten handelt. Breiten Raum geben die einschlägigen Falungong-Webseiten etwa Exildissidenten wie Wei Jingsheng oder Harry Wu, chinakritischen Autoren wie Gordon Chang, He Qinglian, Liu Xiaobo, Yu Jie oder Jin Yong, dem Präsidenten der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights in China Liu Qing, exilierten chinesischen Sozialwissenschaftlern wie Cheng Xiaonong oder Yuan Hongbing, erfolgreichen chinesischen Geschäftsleuten und Consultants sowie Vertretern US-amerikanischer NGOs, Wirtschaftsverbänden und Persönlichkeiten mit beruflichen Hintergründen im National Security Council, dem Kongress und der US-Administration.

Angesichts dieser breiten Unterstützung aus verschiedenen überseehinesischen und internationalen Kreisen ist nicht zu erkennen, wie in absehbarer Zeit eine Deeskalation

im globalisierten und zunehmend komplexen Konflikt zwischen der Falungong-Bewegung, chinesischen Exildissidenten, US-amerikanischen chinakritischen Koalitionen und der parteistaatlichen Führung Chinas erfolgen könnte. Auf eine mögliche Verlagerung der Front weisen allein Indizien, wonach es innerhalb der weltweit agierenden Falungong-Bewegung in wachsendem Maße zu Spaltungen und Konflikten zwischen konkurrierenden Führerfiguren, Machtzentren und regionalen Organisationen kommen könnte. (<http://epochtimes.com; www.byecc.org; www.asianresearch.org/article/s/2444.html>; FEER, 4.4.04; Mark R. Bell/Taylor C. Boas, „Falun Gong and the Internet: Evangelism, Community, and Struggle for Survival“, in: *Nova Religio*, vol. 6, no. 2 (April 2003)) -hol-

14 Verspielen von veruntreuten Staatsgeldern als neuer Gegenstand der Korruptionsbekämpfung

Hongkonger Medien berichteten im Laufe des Januar gehäuft über ein zunehmend verbreitetes Korruptionsphänomen: das Verspielen von veruntreuten Staatsgeldern durch Funktionäre. Damit machen sich die Staatsbediensteten gleich in zweifacher Weise schuldig, da neben der Veruntreuung von Staatsgeldern in der VR China auch das Glücksspiel unter Strafe steht.

Bereits im Dezember 2004 hatte der Leiter des Transportbüros der nordostchinesischen Provinz Jilin, Cai Haowen, Schlagzeilen gemacht, als er von der Zentralen Disziplinkontrollkommission der KPCh wegen des Verspielens veruntreuter Staatsgelder gesucht wurde. Ihm wird vorgeworfen, mehr als 3,51 Mio. Yuan in einem Kasino in Nordkorea unweit der Grenze zur Provinz Jilin verspielt zu haben. Wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, ist Cai seit der Aufdeckung seiner Straftat Mitte November auf der Flucht vor den Behörden. Innerhalb von sieben Monaten soll er 27-mal nordkoreani-

sche Kasinos aufgesucht haben. Daneben wurden drei weitere Funktionäre wegen Glücksspiels von ihrem Posten entfernt: Wu Huali, früherer Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit in Huizhou (Provinz Guangdong), muss sich wegen regelmäßiger Glücksspielreisen in Nachbarländer im Zeitraum von Januar 2002 bis März 2004 verantworten. Yu Changliang, Staatsbediensteter im Büro für Umsiedlung in Jinan (Provinz Shandong) sieht sich mit dem Vorwurf des Verspielens von öffentlichen und z.T. geliehenen Geldern in Höhe von 5,6 Mio. Yuan konfrontiert. Der frühere stellvertretende Bürgermeister der Stadt Shenyang (Provinz Liaoning), Ma Xiangdong, soll mehr als 40 Mio. Yuan verspielt haben.

Funktionäre, die staatliche Gelder auf Spieltischen verspielen, sind kein singuläres Phänomen. Neben Nordkorea wurden ebenso Fälle von Kasino-Tourismus chinesischer Funktionäre in den südlichen Nachbarländern Vietnam, Laos und Myanmar bekannt. Doch auch der Sonderverwaltungsregion Macau wird das Betreiben von Kasino-Tourismus vorgeworfen.

Die parteistaatliche Führung sah sich durch die neu aufgedeckten Wett-Skandale dazu veranlasst, die besondere Bedeutung der Korruptionsbekämpfung erneut zu betonen. So sprach Staats- und Parteichef Hu Jintao in seiner Rede anlässlich der fünften Plenarsitzung der Zentralen Disziplinkontrollkommission der KPCh am 11. Januar davon, dass mit der Korruptionsbekämpfung die Regierungsfähigkeit der Partei unmittelbar verknüpft sei. Daher sei sowohl der Umgang mit den Ursachen als auch mit den Ausprägungen von Korruption unablässig. Die Parteizeitung *Renmin Ribao* veröffentlichte am 17. Januar daraufhin einen „Durchführungsabriss zur Errichtung eines Systems zur Bestrafung und Verhütung von Korruption mittels gleichermaßen perfektionierter Erziehung, Regelung und Überwachung“ des Zentralkomitees der KPCh. Darin wird dem Antikorruptionskampf nochmals eine äußerst signifikante

Bedeutung für die Verbesserung der Regierungsfähigkeit der KPCh und sogar für die Festigung ihrer Machtposition beigemessen.

Das Ministerium für Sicherheit reagierte sogleich mit der Verschärfung seiner Disziplinarstrafen. Funktionären und Angestellten von Staatsunternehmen droht demnach die fristlose Entlassung. Zur weiteren Aufdeckung solcher Straftaten bemüht sich die Regierung zudem verstärkt um Hilfe aus der Bevölkerung. Mitte Januar initiierte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit dazu eine 24-stündige Telefon-Hotline und eine Website, um der Bevölkerung die Möglichkeit für Anzeigen zu geben. Der Fokus behördlicher Nachforschungen soll dabei auf den Zentren des illegalen Glücksspiels liegen, also vornehmlich dem südchinesischen Perlfussdelta und der Grenzregion zu Nordkorea.

Zur Hervorhebung der erfolgreichen staatlichen Bemühungen berichtete der staatliche chinesische Fernsehsender CCTV sodann über Razzien und spätere Schließungen von 84 Kasinos in den angrenzenden Staaten Vietnam, Laos und Myanmar. Des Weiteren seien chinesische Banken angewiesen worden, keine Geldautomaten mehr in der Nähe von Kasinos aufzustellen oder Möglichkeiten zur Bezahlung von Wetten via Internet zu bieten. Nach Meldungen der Parteizeitung *Renmin Ribao* im Laufe des Januar sollen bis zu 53 Funktionäre der Regierung und der KPCh verhaftet worden sein, denen eine eigene Beteiligung am Glücksspiel oder die Organisation von Kasino-Tourismus vorgeworfen wird.

Die außerordentliche Bedeutung der Korruptionsbekämpfung unterstreichen die immer wieder aufgedeckten Bestechungsfälle auf Provinzebene, aber auch in staatseigenen Unternehmen. Jüngstes Beispiel hierfür ist der frühere Stellvertretende Gouverneur der Provinz Sichuan, Li Dachang. Der Absolvent des Instituts für Internationale Ökonomie an der renommierten Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) wurde Mitte Januar verhaf-

tet, weil er während seiner Amtszeit in Sichuan von 1996 bis 2003 100 Mio. Yuan aus Staatsgeldern unterschlagen haben soll. Anfang Januar wurde auch die Ehefrau des wegen Bestechlichkeit zum Tode verurteilten Wang Huaizhong, des früheren Stellvertretenden Gouverneurs der Provinz Anhui, zu 10 Jahren Haft verurteilt (vgl. C.a., 2004/2, Ü 14). Ihr wird eine Beteiligung an der Straftat ihres Ehemannes vorgeworfen. Über vier weitere Verhaftungen von Funktionären auf Provinzebene wurde bereits im Dezember berichtet. Zu den betroffenen Provinzen gehören Jiangsu, Hunan und Heilongjiang. Ebenso fanden sich in Staatsunternehmen korrupte Funktionäre. Der frühere Präsident einer staatseigenen Petrochemischen Fabrik im südchinesischen Shenzhen, Chen Yongqing, wurde Ende Dezember zu 11 Jahren Haft wegen Unterschlagung und Korruption verurteilt. (FAZ, 21.1.05; SCMP, 22., 30.12.04, 13., 17., 18., 19.1.05; ST, 12., 21.1.05; WSJ, 12., 28.1.05; RMRB, 17.1.05; XNA, 7., 15., 16.1.05; Xinhua, 11., 16.1.05, nach BBC PF, 13., 19., 22.1.05; Kyodo News Service, 23.12.04, nach BBC PF, 24.12.04; *The Standard* online, 15.1.05, nach BBC PF, 16.1.05) -kw-

Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

15 Politbüro diskutiert Wissenschaftsstrategie

Unmittelbar vor Ende des Jahres 2003 hat das Politbüro der KP Chinas auf einer gemeinsamen Studiensitzung unter der Leitung seines Generalsekretärs Hu Jintao die chinesische Wissenschaftsstrategie diskutiert und damit auch die Bedeutung dieses Themas für die weitere Entwicklung Chinas unterstrichen. Hu selbst hielt eine „wichtige Rede“, die von allen Parteiorganisationen und den Regierungen auf allen Ebenen „ernsthaft“ studiert wer-

den soll. Bis zum Jahre 2010 will China im weltweiten Vergleich seiner wissenschaftlichen und technologischen Wettbewerbsfähigkeit unter die ersten zehn Nationen kommen. Derzeit allerdings – so Xinhua in einem Beitrag zur Politbürositzung – sei dies noch nicht gewährleistet. Einerseits stelle die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung und auch die soziale Situation immer höhere Anforderungen an Wissenschaft und Technologie, andererseits sei China in der Industrie technologisch immer abhängiger vom Ausland und ein „technologisches schwarzes Loch“ verschlinge eigene Forschungskapazitäten; tatsächlich nehme die Unterstützung für Wissenschaft und Technologie ab. Viele Wissenschaftler hätten daher auch auf dem Jahrestreffen der Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie im November 2004 laut beklagt, dass „Wissenschaft und Technologie noch nicht zur primären Produktivkraft geworden seien“.

Trotz aller Anstrengungen und eines substanziell gestiegenen wissenschaftlichen Outputs – hob auch das Parteiorgan *Volkszeitung* hervor – sei die Zahl der eigenen signifikanten wissenschaftlichen Errungenschaften noch klein, China bewege sich im internationalen Wettbewerb eher im unteren Mittelfeld. Wolle man die eigenen hochqualifizierten Wissenschaftler und Technologen voll ins Spiel bringen, dann müsse sich das gesamte Personalmanagement ändern, es müssten nicht nur Spitzenforscher, sondern auch deren Teamgeist gefördert werden, bessere Lebens- und Forschungsbedingungen für sie seien notwendig, ein objektives und faires Evaluationssystem müsse geschaffen und Aufstiegsmöglichkeiten nach fairem Wettbewerb gewährleistet werden. Dazu gehörten auch Anreizsysteme und ein am Markt ausgerichtetes Stellensystem. (XNA, 30.12.04, nach BBC EF, 1.1.05; XNA, 25.1.05, nach BBC PF, 27.1.05; RMRB online, 20.1.05) -gs-

16 Pressekonferenz zum Bildungswesen

Auf einer Pressekonferenz am 27. Januar hat Erziehungsminister Zhou Ji zu verschiedenen Problemen des Bildungswesens Stellung bezogen, allerdings keine neuen Akzente gesetzt:

Hinsichtlich der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen zeigte er sich optimistisch. Der Schlüssel zur Lösung sei das gegebene Wirtschaftswachstum; alle Regierungen würden ihren Service verbessern, das bereits geschaffene gemeinsame Informationssystem müsse besser genutzt und die am Markt orientierte Lehrreform vorangebracht werden.

Die Einführung der neunjährigen Pflichtschule in den ländlichen Gebieten werde weiter betrieben; 8% der Gebiete in West- und Zentralchina hätten sie noch nicht verwirklicht. Hier greife die Regierung mit dem Bau von Internaten und der Ausweitung des Fernlernens ein. Auch die Steuerreform und die so erreichte Reduzierung der Landwirtschaftssteuer werde helfen. Und nicht zuletzt werden arme Familien durch Finanzhilfen oder Befreiung von Lehrmittelgebühren unterstützt. Allerdings bleibe auch mit Ausweitung der Pflichtschule die Lücke im Bildungsniveau zwischen Stadt und Land bestehen.

Am bisherigen System der Postgraduierten wolle man festhalten und die Forschungsanteile in ihrer Ausbildung noch steigern. Jeder zweite Absolvent des Grundstudiums in China habe sich am 21. Januar an den Aufnahmeprüfungen für ein Postgraduiertenstudium beteiligt, insgesamt 1,17 Mio. Studenten.

Man werde weiter gegen überzogene und willkürliche Schul- und Studiengebühren angehen, in der Pflichtschule sei bereits in den letzten Jahren das Prinzip „einheitlicher Gebühren“ für alle Schulen erfolgreich umgesetzt worden. Dass die Eltern bereit seien, für die beste Ausbildung ihrer Kinder auch mehr Gebühren zu zahlen, hätten einige Schulen aus Profitgier ausgenutzt;